

# SCHWARZGELB SCHWÄCHT SÄCHSISCHE POLIZEI

CDU und FDP betreiben in Sachsen einen massiven Personal- und Staatsabbau. Die Verwaltung zieht sich aus der Fläche des Freistaates Sachsen zurück. Durch den Abbau bei Polizei, Justiz und Finanzverwaltung wird das Rückgrat staatlicher Ordnung empfindlich geschwächt. Den Staatsbediensteten, die ohnehin schon bundesweit am schlechtesten bezahlt werden, wurde zusätzlich das Weihnachtsgeld gestrichen. Verwaltungs- und Stellenabbau führen zu Personalnot und Überlastung. Schwarzgelb kürzt den Staat kaputt, zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger.

Dabei hat Schwarzgelb im Koalitionsvertrag viel angekündigt. Die Taten der Staatsregierung sprechen jedoch eine andere Sprache:



## Die Worte

*Wir werden das Dienst-, Besoldungs- und Versorgungsrecht in Sachsen mit dem Ziel reformieren, ein flexibles, transparentes leistungsorientiertes und einfaches Recht zu schaffen, das weitere Anreize für qualifizierte Bewerber bietet, sich beim Freistaat zu bewerben.“*

**Koalitionsvertrag, Seite 53**

*Wir werden die Präventionsarbeit der Polizei weiter verstärken.“*

**Koalitionsvertrag, Seite 50**

*Die Verwaltung ist für den Bürger da. Transparenz und Bürgernähe der sächsischen Verwaltung sind Prinzipien, denen wir uns in besonderem Maße verpflichtet fühlen.“*

**Koalitionsvertrag, Seite 52**

*Am hohen Stellenwert des Politikfeldes „Innere Sicherheit“ wird sich daher nichts ändern, denn Prävention und Kriminalitätsbekämpfung sind wichtige Aufgaben.“*

**Koalitionsvertrag, Seite 48**

*Wir wollen die Präsenz der Justiz in der Fläche mit einer angemessenen und an anderen Ländern orientierten Personalausstattung gewährleisten.“*

**Koalitionsvertrag, Seite 45**

## Die Taten

Mit dem Haushalt 2011/2012 hat die Koalition das Weihnachtsgeld für alle sächsischen Beamten gestrichen. Polizisten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Finanzämtern, Gerichten, Justizvollzugsanstalten müssen damit reale Gehaltseinbußen von bis zu vier Prozent auf das Jahreseinkommen hinnehmen.

Von 229 Stellen für Präventionsbeamte werden nach der Polizeistrukturereform nur noch 30 Stellen übrig sein. Präventionsprogramme wie „Sport gegen Gewalt“, „Vertragen statt schlagen“ und auch der beliebte Präventionsmitarbeiter Poldi stehen vor dem Aus.

Mit dem Sächsischen Standortgesetz werden Finanzämter, Gerichte und Polizeireviere geschlossen. Die Verwaltung zieht sich aus der Fläche des Freistaates Sachsen zurück.

Mit dem Strukturkonzept Polizei.Sachsen.2020 werden 31 von 72 Polizeireviere in Sachsen geschlossen. Zum bestehenden Stellenabbau wurden mit dem Haushalt 2011/2012 noch einmal 800 zusätzliche Stellen gestrichen.

Mit dem Sächsischen Standortgesetz wird das Landgericht Bautzen geschlossen. Ebenfalls aufgegeben werden die Amtsgerichte in Annaberg, Hainichen, Oschatz, Löbau und Stollberg. Für die hierbei entstehenden Zweigstellen gibt der Freistaat keine Überlebensgarantie.

[www.spd-fraktion-sachsen.de](http://www.spd-fraktion-sachsen.de)

